

D 1: Solidarität mit den Parlamentsabgeordneten der HDP und den Bürgermeister der DBP

DIE LINKE. Wir stellen uns entschieden gegen die Aufhebung der Immunität und drohenden Prozesse gegen die Parlamentsabgeordneten der HDP und gegen die Amtsenthebung der Bürgermeister*Innen der DBP in den kurdischen Provinzen.

Wir fordern von der Bundes- und Landesregierung, dass sie sich gegenüber der türkischen Regierung für die gewählten HDP- und DBP-Vertreter*Innen und den Erhalt demokratischer Strukturen in der Türkei einsetzen.

Die Bundes- und Landesregierung müssen sich für einen sofortigen Stopp der Zerstörung kurdischer Städte durch die türkische Armee und die Ermöglichung der Rückkehr der halben Millionen geflüchteten Menschen einsetzen. Die Türkei ist kein sicheres Herkunftsland und muss von dieser Liste gestrichen werden. Von der Landesregierung fordern wir, dass sie sich für einen sofortigen Stopp aller Rüstungsgüter in die Türkei einsetzt.

DIE LINKE Baden-Württemberg wird einen Dialog und eine Zusammenarbeit der Kommunalpolitik unterstützen und noch im Herbst eine kommunalpolitische Konferenz mit der HDP/DBP anstreben.